Materialien für die Vikariatspläne und die Art, wie man sich auf Seite der Kurie damit abzufinden suchte, da man nach Nr. 167 und 171 auch in Rom darüber nicht im Unklaren blieb, daß der König *ius episcopale* und *pontificale supremum sibi competere praetendit*, allerdings eine schwierige Aufgabe. Die Verständigungsversuche, die in der Periode, welche diesen Band umfaßt, gemacht wurden, genauer zu verfolgen, ist hier nicht der Ort.

Am Schluß folgt ein Namen- und Sachregister. Letzteres tritt allerdings hinter ersterem sehr zurück und leistet nur unvollkommene Dienste. So sind z. B. die oben erwähnten Stellen über das vom brandenburgisch-preussischen Herrscher auch gegenüber den Katholiken beanspruchte Episkopalrecht, die der juristische Benutzer mit zuerst suchen wird, gleich manchen anderen ihm wichtigen Sachen und Begriffen durch kein Stichwort gedeckt. Doch soll dem Herausgeber daraus kein Vorwurf gemacht werden. Wir sind uns solche Vernachlässigung unserer Interessen gewöhnt. Es wird damit auch nicht besser werden, als bis für Publikationen mit teilweise oder überwiegend juristischem Inhalt entweder Juristen zur Bearbeitung mit herangezogen oder nur Historiker verwendet werden, die auf dem Gebiete der weltlichen und kirchlichen Rechtsgeschichte gründlich geschult sind. Die Edition der Nuntiaturberichte hätte dazu schon längst Anlaß geben können.

Ulrich Stutz.

Ludwig Ebert, Der kirchenrechtliche Territorialismus in Bayern im Zeitalter der Säkularisation. Ein Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirche in Bayern (a. u. d. T.: Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland — Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft 9. Heft). Paderborn, Ferdinand Schöningh 1911.

Die vorliegende Arbeit hat eine der interessantesten Perioden in der Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirche in Bayern zum Gegenstand, die Zeit von 1800 bis 1809, dem Jahre des Religionsartikels, die durch die zwei Prinzipien, Säkularisation und Territorialismus, charakterisiert wird. Es ist der Kampf zwischen der alten und der neuen Zeit, konkret gesprochen zwischen dem Ordinariat Freising und der bayerischen Staatsregierung, zunächst im Allgemeinen beschrieben, dann im Einzelnen an der Diözesangewalt, dem Domkapitel, den Pfarreien und dem Patronat, dem Klerus, der Ehe und dem Kirchenvermögen geschildert. Die Darstellung ist gewandt und anschaulich und hebt die Hauptpunkte unter Vermeidung des Unwesentlichen und Unwichtigen richtig hervor. Sehr anzuerkennen ist, daß der Verfasser aus dem Ordinariatsarchiv des Erzbistums München-

Freising und aus dem oberbayerischen Kreisarchiv in München ungedrucktes Material verwendet hat und daß er auf die zeitgenössische publizistische Literatur zurückgegangen ist. Der katholische Standpunkt des Verfassers verbirgt sich nicht, aber er tritt nicht aufdringlich hervor und hindert den Verfasser nicht an einer unbefangenen Würdigung der Periode, die er schildert. Dies zeigt am besten der Schlußabschnitt: was hier über die Beurteilung der Säkularisation vom juristischen, moralischen und geschichtsphilosophischen Standpunkt aus gesagt wird, das ist unanfechtbar, und man kann nur beistimmen, wenn der Verfasser S. 96 bemerkt: „Der Strom der geschichtlichen Entwicklung hält nicht inne vor dem Recht, das die Vergangenheit geschaffen und anerkannt hat, das aber mit der Gegenwart und seinen tatsächlichen Verhältnissen im Widerspruch steht und daher im gewissen Sinne als historisches Unrecht empfunden wird. Dieser Entwicklungsprozeß tritt zutage, wenn Zustände, rechtliche, politische und kulturelle, die sich nicht fortbilden wollen oder können, durch außerordentliche Ereignisse wieder ins Gleichgewicht gebracht werden“. So ist die ganze Arbeit eine erfreuliche Erscheinung und legt den Wunsch nahe, der Verfasser möchte noch weiterhin in derselben Weise auf dem Gebiet der Geschichte tätig sein.

Erlangen.

K. Rieker.

Andrea Galante, Prof. Dott., *L'Exequatur e il Placet nella evoluzione storica e nel diritto vigente* (Estratto della *Enciclopedia Giuridica Italiana*). Milano, Società Editrice Libraria 1910. VI, 87 S.

Mit „Placet“ bezeichnen wir gewöhnlich das früher von fast allen Staaten beanspruchte Recht, Akte der kirchlichen Organe, insbesondere aber päpstliche Bullen, Breven, Schreiben usw. zur Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte einer Präventivzensur zu unterwerfen und ihre Publikation bzw. Ausführung von der staatlichen Genehmigung abhängig zu machen. Hatte das *ius placeti* in früheren Jahrhunderten vor allem zur Zeit des Staatskirchentums der Aufklärungsperiode in dem System der staatlichen Kirchenhoheitsrechte eine große Rolle gespielt, so ist seine Bedeutung für das heutige Recht gering. Eine Reihe von Staaten, so vor allem Preußen, haben es als veraltetes Rüstzeug aufgegeben, ohne dadurch schlechter zu fahren als jene Staaten, die es nicht entbehren zu können glauben. Denn auch in diesen eignet dem Placet nur geringe praktische Bedeutung. — Einen weiteren Inhalt hatte der Begriff des Placet in einzelnen der früheren Staaten Italiens gewonnen, indem vor allem auch jene Akte der kirchlichen Organe dem „placet“ oder „exequatur“ unterworfen wurden, denen gegenüber das *ius exclusivae*, also bei Provisionsbullen oder -schreiben zur Besetzung vakanter Benefizien insbesondere auf Grund staatlicher